

Straßenausbau-Beiträge sollen 2019 wegfallen

In den jahrelangen Streit um zum Teil horrenden Anlieger-Beiträge für den Straßenausbau in Thüringen ist Bewegung gekommen: Rot-Rot-Grün plant die Abschaffung bis 2019. Bestehende Forderungen müssten aber beglichen werden.

Von Jens Wenzel

Liebenstein – Die Landtagsfraktionen der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen wollen nach der Sommerpause einen eigenen Gesetzentwurf zur landesweiten Abschaffung der Straßenausbau-Beiträge einbringen. Damit können die heftig umstrittenen Beiträge zum 1. Januar 2019 wegfallen, kündigte Linken-Kommunalexperte Frank Kuschel bei einer Regionalkonferenz der „Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben“ in Liebenstein bei Gräfenroda (Ilm-Kreis) an. Der Plan, rückwirkende Beiträge, mit denen zum Teil Geld für Bauarbeiten Anfang der 1990er Jahre gefordert wurde, zu verhindern, sei allerdings aufgegeben worden.

Die Bürgerallianz begrüßte das rot-rot-grüne Vorhaben. Nachdem fast 30 Jahre lang kein Weg in diese Richtung geführt habe, sei das ein Durchbruch, sagte der Vorsitzende Wolfgang Kleindienst. Der lange Protest der Bürgerinitiativen habe sich gelohnt, auch wenn viele inzwischen schon an Aufgeben gedacht hätten.

Der Weg über einen Gesetzentwurf der Fraktionen sei gewählt worden, weil der Zeitplan mit einem Entwurf aus der Landesregierung nicht mehr zu schaffen sei, sagte Kuschel. Im Landtag war in diesem Frühjahr nach Debatten in zwei Sitzungen ein Antrag der AfD-Fraktion auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abgelehnt worden. Der AfD-Abgeordnete Olaf Kießling kritisierte, dass aus ideologischen Gründen nicht einmal im Ausschuss über den Antrag beraten wurde. Das wies Kuschel zurück: Der Antrag sei aus dem bayerischen Landtag abgeschrieben, der nicht auf die Thüringer Rechtslage passe.

Der Durchbruch wurde nach Angaben von Kleindienst in Gesprächen mit dem Gemeinde- und Städtebund erreicht. Dieser besteht vor allem darauf, dass die Kommunen für die dann wegfallenden Einnahmen aus den Beiträgen vom Land entschädigt werden. Hier gehe es um einen Betrag

zwischen 15 und 20 Millionen Euro jährlich, sagte Kuschel. Zudem fordern die Kommunen ein Limit, um zu verhindern, dass Bürger den sofortigen Ausbau ihrer Straße verlangen, wenn es die Anlieger nun nichts mehr kostet.

Linke, SPD und Grüne hatten in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2014 vorgesehen, die nachträgliche Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bis Anfang der 1990er Jahre zurück abzuschaffen. Doch die Einführung eines Stichtags, vor dem an keine Beiträge fällig werden, sei an rechtlichen Problemen gescheitert, sagte Kuschel. Auch fand sich kein Weg, bereits gezahlte Beiträge zurückzuerstatten. Daher sei nur eine Lösung für die Zukunft möglich.

Aktuell können wirtschaftlich starke Kommunen über eine Begrenzung von Straßenbeiträgen entscheiden. Anfang 2019 soll eigentlich eine weitere Stufe dieser Regelung in Kraft treten, wonach starke Orte auch ganz auf diese Beiträge verzichten können – dies aber auch nicht müssen. Laut Kuschel gelten 700 der 849 Städte und Gemeinden als so leistungsfähig.

Den Stein ins Rollen gebracht hatte Bayern, wo die CSU im Wahlkampf auf eine erfolgreiche Initiative der Freien Wähler zur Abschaffung eingegangen war.